



Bericht und Beschlussempfehlung

des Innen- und Rechtsausschusses

Entwurf eines Gesetzes zum 20. Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (20. Rundfunkänderungsstaatsvertrag - 20. RÄStV)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/4984

Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich bereits auf der Grundlage der ihm zugeleiteten Unterrichtung zum oben genannten Staatsvertrag frühzeitig mit der Vorlage befasst. Der Gesetzentwurf ist ihm durch Plenarbeschluss vom 26. Januar 2017 zur Beratung zugeleitet worden. Der Innen- und Rechtsausschuss schloss seine Beratungen in seiner Sitzung am 1. Februar 2017 ab.

Er empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung der Stimmen von FDP und PIRATEN, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Barbara Ostmeier
Vorsitzende